

Professor Dr. Axel A. Weber

Präsident

der Deutschen Bundesbank

**Ansprache zur offiziellen Einführung
in das Amt des Bundesbankpräsidenten**

in Frankfurt am Main

am 12. Mai 2004

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Minister Eichel,
sehr geehrter Herr Präsident Trichet,
sehr geehrte Damen und Herren,

am 30. April hat mir der Bundesfinanzminister meine Ernennungsurkunde als neunter Präsident der Deutschen Bundesbank überreicht. Ich bedanke mich bei ihnen, Herr Eichel, für die Wertschätzung und das Vertrauen, das die Bundesregierung mir mit dieser Ernennung entgegenbringt.

Herr Trichet, bei Ihnen möchte ich mich für den freundlichen Empfang im Europäischen System der Zentralbanken und im EZB-Rat bedanken. Als Wissenschaftler habe ich die Geldpolitik des Eurosystems von Anfang an aus dem Blickwinkel der Theorie beobachtet. Nun an der geldpolitischen Praxis im EZB-Rat mitwirken zu können, hat für mich daher einen besonderen Reiz.

Herr Palsbröcker, bei Ihnen und den 14.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Sie repräsentieren, möchte ich mich für den herzlichen Empfang in der Deutschen Bundesbank bedanken.

Bei meinen Vorstandskollegen bedanke ich mich für den gelungenen Start in guter Arbeitsatmosphäre. Unsere Zusammenarbeit hat in der vergangenen Woche konstruktiv und somit sehr vielversprechend begonnen.

Die mir nun anvertraute Institution Deutsche Bundesbank hat in den vergangenen Wochen eine ausgesprochen schwierige Phase durchlebt. Sie stand im Rampenlicht wie nie zu vor, und sie wurde in einem bislang ungekannten Ausmaß und in einer bis dato ungekannten Schärfe kritisiert. Nachdem Herr Welteke sein Amt ruhen ließ, übernahm Vizepräsident Dr. Stark die Amtsgeschäfte als amtierender Präsident.

Lieber Herr Stark, ich möchte Ihnen ausdrücklich für die Führung der Bundesbank in diesen drei schwierigen Wochen danken. Es ist Ihr persönliches Verdienst, dass der Reputationsverlust der Bundesbank begrenzt blieb.

1 Unabhängigkeit

Die besonderen Umstände des Amtswechsels haben der Öffentlichkeit die aus guten Gründen gesetzlich verankerte Unabhängigkeit von Notenbanken noch einmal ins Gedächtnis gerufen. Die Erinnerung kam zwar nicht in der rechten Art, wohl aber zur rechten Zeit. Die Garantie der Unabhängigkeit der nationalen Notenbanken ist aus stabilitätspolitischer Perspektive ein neuralgischer Punkt auch bei den laufenden Verhandlungen über den EU-Verfassungsvertrag.

Die Wächterrolle der Bundesbank gebietet, nicht nur auf die Gefahr der Aufweichung der Fundamente eines stabilen Euro im EU-Verfassungsentwurf des Konvents durch die Hintertür hinzuweisen, sondern auf Abhilfe zu dringen. Konkrete Formulierungsvorschläge, die unseren Bedenken Rechnung tragen, hat die EZB der irischen Ratspräsidentschaft Mitte April übermittelt. Nun ist die Politik am Zug. Sie darf die institutionellen Grundlagen einer stabilen Gemeinschaftswährung nicht zur Disposition stellen.

2 Kontinuität ...

Meine Damen und Herren,
mit der Währungsunion wurde die geldpolitische Autonomie zu Gunsten der europäischen Einigung bewusst aufgegeben. Das ESZB ist jedoch so konstruiert, dass die nationalen Notenbanken weiterhin umfangreiche Zentralbankdienstleistungen für die europäischen Volkswirtschaften erbringen — Kreditgewährung im Rahmen der Geldpolitik, Bargeldversorgung, Zahlungsverkehr. Darüber hinaus ist die Bundesbank eine im Eurosystem viel beachtete Stimme. Sie bringt ihre Kompetenz und ihre Erfahrung in das ESZB ein und erfüllt eine aktive Rolle bei der Gestaltung einer stabilen und starken Währungsunion.

2.1 ... in der Institution Deutsche Bundesbank

Die inhaltliche Neuausrichtung der Bundesbank auf Europa begann lange vor dem Übergang zur Währungsunion im Jahr 1999. Ihr folgte — nachdem der Gesetzgeber die Leitung der Bundesbank im Mai 2002 in den Händen des neuen Vorstands konzentriert hatte

— auch eine organisatorische Neuausrichtung. Der Vorstand fällte damals zügig Beschlüsse über die zukünftige Aufbauorganisation samt Stellenausstattung und Zeitplan für die Umsetzung. Bargeld- und Filialstrategie rundeten die Reorganisation ab.

In diesem Punkt möchte ich nahtlos an die Arbeit meines Amtsvorgängers anknüpfen und die Strukturreform wie beschlossen vorantreiben. Die anstehenden Veränderungen sind notwendig, sie sind machbar, und sie sind den direkt Betroffenen zumutbar. Wenn wir im Jahr 2007 am Ziel sind, werden wir zu überprüfen haben, ob weitere Veränderungen erforderlich sind.

Mit dieser Reorganisation braucht die Bundesbank weder den Vergleich mit anderen öffentlichen Institutionen noch mit anderen Zentralbanken im Eurosystem zu scheuen. Vergleiche der nationalen Notenbanken im Eurosystem sind allerdings wegen der unterschiedlichen Abgrenzung der nationalen Aufgaben mit Vorsicht zu behandeln. Die in den letzten Wochen so oft geforderte Verkleinerung und Neuausrichtung der Bundesbank ist also bereits in vollem Gange; die Bundesbank ist hier keineswegs „behind the curve“.

Weltweit gewinnen Fragen der Finanzsystemstabilität für Notenbanken an Bedeutung. Ein stabiles und effizientes Finanzsystem ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung des Stabilitätsauftrages. Die Bundesbank hat in den vergangenen Jahren ihre Analyse- und Forschungskapazitäten zur Identifizierung potentieller Risiken für die Finanzstabilität erweitert und wird dieses Geschäftsfeld in Zukunft weiter ausbauen. Die Ergebnisse sowohl der Analyse aktueller Risiken im Finanzsystem als auch der Erforschung der dahinter stehenden Zusammenhänge werden wir im Rahmen der G10 Treffen in die internationale Debatte über Finanzsystemstabilität und die Fortentwicklung der internationalen Finanzarchitektur einbringen.

2.2 ... in der Geldpolitik

Das Kerngeschäft einer Notenbank ist und bleibt die Sicherung der Geldwertstabilität. Das Eurosystem hat seit dem Start der Währungsunion vor gut fünf Jahren Reputation aufge-

baut und das Vertrauen sowohl der Fachwelt als auch der Öffentlichkeit erworben. Der Euro ist eine stabile und international geachtete Währung.

Das Preisniveau im Eurowährungsgebiet lag gemäß der Vorausschätzung von Eurostat für den Harmonisierten Verbraucherpreisindex der Währungsunion um 2,0 % im April nach 1,7 % im März höher als ein Jahr zuvor. Dies ist kompatibel mit der EZB Zielformulierung eines Preisniveaueuftriebs von unter aber nahe 2 % auf die mittlere Frist.

Zur Erreichung ihrer geldpolitischen Ziele vertraut der EZB-Rat auf seine im letzten Jahr leicht revidierte geldpolitische Strategie. Die in zwei Säulen gefasste Gesamtbewertung der Risiken für die Preisniveaustabilität sieht vor, dass die monetäre Analyse in erster Linie dazu dient, die kurzfristigen bis mittelfristigen Einschätzungen, die sich aus der wirtschaftlichen Analyse ergeben, aus langfristiger Perspektive gegenzuprüfen.

Die wirtschaftliche Analyse legt nahe, dass sich die graduelle Erholung in der Währungsunion in diesem Frühjahr fortsetzt. Expansive Impulse kommen weiterhin aus der Exportnachfrage, während bei der Inlandsnachfrage vor allem die privaten Konsumausgaben verhalten bleiben.

Die monetäre Analyse zeigt einen anhaltend hohen Liquiditätsüberhang in der Währungsunion. Er ist vor allem Folge früherer Portfolioumschichtungen. Angesichts des eingetrübten Konsumentenvertrauens sehe ich derzeit keine Gefahr, dass sich diese Überschussliquidität in näherer Zukunft über einen abrupten Nachfrageschub in verstärktem Preisdruck entlädt.

Das sehr niedrige Niveau der Leitzinsen, die großzügige Liquiditätsausstattung und die günstigen Finanzierungsbedingungen eröffnen reichlich Spielraum für eine wirtschaftliche Erholung. Die gegenwärtigen monetären Bedingungen sind daher als angemessen einzustufen.

2.3 ... in der Finanzpolitik

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist leicht geringer als in der Eurozone. Die meisten aktuellen Schätzungen liegen etwa in dem Rahmen der Erwartungen, die auch der Haushaltsplanung der Bundesregierung zugrunde liegen. Mit rund 1,5 % pro Jahr liegt die erwartete reale Wachstumsrate Deutschlands nur knapp unter dem geschätzten Potentialwachstum.

Die finanzpolitische Situation in Deutschland ist so angespannt wie selten zuvor. Das Staatsdefizit wird im laufenden Jahr zum dritten Mal in Folge die Defizitgrenze des Maastrichter Vertrags überschreiten.

Die aktuelle Haushaltslücke wäre deutlich geringer, hätte die Regierung ihre Einnahmen konservativer eingeschätzt und ihre Ausgabenkonsolidierungsziele engagierter verfolgt. Einige Konsolidierungsvorhaben scheiterten an dem nicht erreichbaren Konsens zwischen Regierung und Opposition. Im Interesse unseres Landes appelliere ich an diejenigen, die in unserem Lande politische Verantwortung tragen, sich dringend über die Eckpfeiler einer nachhaltigen Konsolidierungsstrategie zu einigen. Dies gelang bei der Gesundheitsreform in Ansätzen und ich möchte meine Hoffnung ausdrücken, dass dies auch in der Finanzpolitik gelingen möge.

Die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik muss sich der Herausforderung stellen, die hohen Defizite schnell abzubauen, durch nachhaltige Reformen die staatlichen Rahmenbedingungen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu verbessern und die sozialen Sicherungssysteme auf die künftigen Belastungen vorzubereiten.

Das brennendste finanzpolitische Problem ist die glaubwürdige Rückführung des zu hohen Staatsdefizits unter die 3 %-Grenze im Jahr 2005. Konsolidierungspotential findet sich vor allem bei den zu hohen konsumtiven Staatsausgaben. Von konsumtiven zu investiven Ausgaben umzuschichten gebietet ferner sowohl die Vorsorge für die Zukunft als auch die Notwendigkeit, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen.

Herr Eichel, ich möchte Sie und die Bundesregierung ausdrücklich darin bestärken, Ihr Bekenntnis zum Festhalten am Konsolidierungskurs durch engagierte Konsolidierungsschritte zu untermauern. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU sollte dabei als ordnungspolitische Leitplanke dienen. Die gegenüber den Partnern in der EU eingegangene Verpflichtung, das strukturelle Defizit jährlich um 0,5 Prozentpunkte zu verringern, darf nicht weiter in Frage gestellt werden.

Der Pakt ist neben der Währungsverfassung des Vertrags von Maastricht der zweite wichtige Pfeiler des ESZB. Der Pakt soll für dauerhaft solide öffentliche Finanzen in der EU sorgen. Dies leistet der Pakt zur Zeit nicht. Es bedarf jedoch keiner konzeptionellen Änderungen des Paktes, sondern des Willens aller Mitgliedstaaten, sich an die vereinbarten Regeln zu halten.

Damit würde nicht nur eine Überforderung künftiger Generationen vermieden, sondern auch ein wichtiger Beitrag für mehr Wachstum und Beschäftigung geleistet. Denn nur eine berechenbare, auf langfristige Tragbarkeit der Staatsfinanzen angelegte, Finanzpolitik stärkt das Vertrauen der Bürger in die Zukunft. Mangelndes Zukunftsvertrauen hingegen schürt Unsicherheit, setzt Anreize für erhöhtes Vorsorgespahren und reduziert die Konsumneigung.

Um den sich abzeichnenden Aufschwung nachhaltig zu festigen ist eine finanzpolitische Konsolidierung in Verbindung mit klaren wirtschaftspolitischen Perspektiven und engagierten Strukturreformen notwendig. Antizyklische Finanzpolitik dagegen hätte bestenfalls kurzlebige und in der Regel quantitativ geringe Effekte. Langfristig steht die resultierende Schuldendynamik einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung im Wege.

Es gilt somit, das Vertrauen der deutschen Bevölkerung und der europäischen Partner in die Nachhaltigkeit der deutschen Finanzpolitik neu zu etablieren. Dies würde es auch der Geldpolitik erleichtern, auf Dauer Preisstabilität bei niedrigen Zinsen im Euroraum zu gewährleisten.

2.4 ... bei den Goldreserven

Meine Damen und Herren,
der in Gold angelegte Teil der Währungsreserven der Bundesbank weckt seit jeher Begehlichkeiten. Auch in der gegenwärtigen haushaltspolitischen Schieflage mangelt es nicht an Vorschlägen, dieses Vermögen zu aktivieren.

Über Goldverkäufe entscheidet die Bundesbank im Rahmen des mit den anderen G10-Notenbanken abgeschlossenen Goldabkommens. Über die Verwendung der bei eventuellen Verkäufen realisierten Bewertungsgewinne entscheidet das Parlament im Rahmen der gesetzlichen Regelungen für die Verwendung des Bundesbankgewinns.

Zur Ausschüttung kommt nur der realisierte Bewertungsgewinn. Seine genaue Höhe hängt vom Goldpreis und vom Dollarkurs zum Zeitpunkt der Verkäufe ab; bei vollständiger Ausübung der nun im neuen Goldabkommen der G10-Notenbanken eingeräumten Verkaufsoption fiel bei der gegenwärtigen Marktlage innerhalb von fünf Jahren insgesamt ein mittlerer einstelliger Milliardenbetrag an. Zum Vergleich, der Bundeshaushalt 2004 hat ein Volumen von 257,3 Mrd. Euro, wovon 29,3 Mrd. Euro mittels Nettoneuverschuldung finanziert werden.

Eine solide Finanzplanung rechnet also weder mit einem nennenswerten Finanzierungspotential aus den Goldreserven noch mit einer merklichen Entlastung des Bundeshaushalts. Herr Eichel, ich freue mich, dass Sie diese Tatsache bei unserer ersten gemeinsamen Pressekonferenz vor zwei Wochen in Berlin schon selbst klargestellt haben.

3 Schluss

Meine Damen und Herren,
für die vor mir liegenden acht Jahre sehe ich vier Schwerpunkte meiner Arbeit:

1. Die Stabilität zu bewahren.

2. In der Kontinuität der vergangenen Jahre das Profil der Bundesbank weiter zu schärfen, indem wir zu den großen Themen der Währungsunion fundierte Beiträge leisten und die Währungsunion aktiv mitgestalten,
3. als unabhängige Stimme die wirtschafts- und finanzpolitische Debatte Deutschlands vor allem über den Weg zu einem steileren Wachstumspfad zu bereichern, und, last but not least,
4. die innere Reform der Bundesbank zu einem guten Abschluss zu bringen.

Ich bin zu meiner Ernennung als Bundesbankpräsident reichlich mit Vorschusslorbeeren bedacht worden. Das ist gut und schlecht zugleich. Es ist gut, weil mir der Vertrauensvorschuss zur Zeit noch die Arbeit enorm erleichtert. Es ist schlecht, da sicher nicht alle hohen Erwartungen zu erfüllen sind.

Um die hohen Erwartungen, die nun an meine Person und an die Institution der Deutschen Bundesbank gestellt werden, nicht zu enttäuschen, erbitte ich Unterstützung, auch durchaus kritische Unterstützung von Ihnen allen. Wenn ich darauf rechnen darf, trete ich mein Amt voller Zuversicht an.

* * *